

# Webels Woche

Ausgabe 98 / 26.10.2018

## Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

Selten hat die Verlegung eines Konzerts einer Band, deren Musik die meisten Menschen nicht kennen, so viel Beachtung gefunden wie in den zurückliegenden Tagen. In den Medien und auch im Landtag hat die Entscheidung des Bauhauses in Dessau, einer in linksradikalen Kreisen einschlägig bekannten Band kein Podium zu bieten, viel Kritik hervorgerufen. In dieser Debatte sind, so fürchte ich, die Maßstäbe etwas verloren gegangen. Ich halte die Entscheidung des Bauhauses für völlig angemessen - und ich finde es auch richtig, dass Kulturminister Robra und die CDU-Fraktion das im Landtag noch einmal in aller Deutlichkeit unterstrichen haben. Weder das Bauhaus, noch andere Institutionen können gezwungen werden, Gruppen eine Bühne zu geben, die politisch radikal auftreten oder den Staat und seine Vertreter verächtlich machen.

Wir als Union verteidigen die Kunstfreiheit als ein hohes demokratisches Gut. Aber wir sagen auch klar: die Kunstfreiheit ist kein Freibrief für radikale Hetzer - das muss gegenüber rechten Gruppen ebenso gelten wie bei linken Bands. Deshalb müssen wir auch jeden Vorwurf zurückweisen, wir würden für Zensur oder für eine Einschränkung der Meinungsfreiheit eintreten. Dieser Vorwurf ist besonders absurd, wenn er von Vertretern der SED-Nachfolgepartei geäußert wird. Es geht den linken Meinungsführern aber gar nicht um Kunstfreiheit, sondern um eine Skandalisierung eines völlig normalen Handelns. Tatsächlich hat das Bauhaus genau so gehandelt, wie es von links immer dann gefordert wird, wenn rechte Bands an einem Auftritt gehindert werden sollen: es hat von seinem Hausrecht Gebrauch gemacht.

Wer das bedauert, muss sich fragen lassen, ob er auch akzeptiert hätte, wenn auf der Bühne des Bauhauses rechte Parolen gerufen worden wären. Nach allen Erfahrungen, wäre dann wahrscheinlich nicht die Freiheit der Kunst, sondern der Rücktritt aller Verantwortlichen gefordert worden.

Das zeigt, dass im linken Spektrum immer noch doppelte Standards angelegt werden. Und deshalb muss der Kampf gegen politische Gewalt und extremistische Positionen eben immer in beide Richtungen und ohne falsche Toleranz geführt werden. Politische Gewalt ist immer abzulehnen - das sollte ein Konsens unter Demokraten sein. Und deshalb darf es auch keine Akzeptanz für Gewaltaufrufe geben, egal wer sie äußert. Wer meint, den „Kampf gegen Rechts“ mit linksradikalen Liedern oder hetzerischen Sprüchen gewinnen zu können, der zeigt keine „Haltung“, sondern spaltet die Gesellschaft. Es ist bedauerlich, dass mit dem Bauhaus eine Institution, die eine echte Haltung gezeigt hat, sich nun genau dafür rechtfertigen muss. Das ist der eigentliche Skandal, der einen großen Schaden für die politische Kultur in unserem Land bedeuten könnte. Wir als Union sollten uns deshalb nicht weiter an den künstlichen Aufgeregtheiten, die dieser Fall verursacht hat, beteiligen.

Ihr



Thomas Webel  
Landesvorsitzender